

Geschäftsbericht 2014

angestellte bern – Dachorganisation der Angestelltenverbände

In der 1948 gegründeten Vereinigung Bernischer Angestelltenorganisationen VBA, heute **angestellte bern**, sind folgende Verbände mit rund 37'000 Mitgliedern organisiert:

AvenirSocial Sektion Bern; www.avenirsocial.ch/bern

BSPV Bernischer Staatspersonalverband; www.bspv.ch

FGS Fachleute Geomatik Schweiz, Sektion Bern; www.pro-geo.ch

KVBE Kaufmännischer Verband Bern; www.kfmv-bern.ch

LEBE Lehrerinnen und Lehrer Bern; www.lebe.ch

LVB Laborpersonal-Verband Bern; www.laborberufe.ch/lvbe

SBK Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und
Pflegefachmänner, Sektion Bern; www.sbk-be.ch

VSAO Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen
und -ärzte Bern; www.vsao-bern.ch

Angestellte Stadt und Region Bern (Verband im Beobachterstatus)

Dieser Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014.

Aus den Verbandsorganen

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung war zu Gast im Alterszentrum Domicil Schwabgut. Einleitend informierte Geschäftsleiter Philipp Kämpfer über Wohnformen im Alter und Gründe, die für einen Einzug in ein Alterszentrum sprechen. Die statutarischen Geschäfte wurden diskussionslos verabschiedet, die Jahresrechnung wies einen kleinen Verlust in der Höhe von CHF 2415.30 aus. Neu beschloss die Delegiertenversammlung, die Mitgliederbeiträge bis auf weiteres zu halbieren. Erfreulicherweise konnte die Dachorganisation der Angestelltenverbände ein neues Mitglied willkommen heissen. Ohne Gegenstimme stimmten die Delegierten der Aufnahme von AvenirSocial Sektion Bern, dem Verband der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, zu. *angestellte bern* gehören damit neu acht Vollmitglieder an. Einen Wechsel gab es an der Verbandsspitze. Anstelle des zurücktretenden Matthias Burkhalter wurde Ruedi Flückiger, Geschäftsleiter des Kaufmännischen Verbandes, zum neuen Präsidenten gewählt. Als Dank für das langjährige grosse Engagement durfte Matthias Burkhalter ein Präsent und den Applaus der Delegierten entgegennehmen. Matthias Burkhalter wird den Bernischen Staatspersonalverband weiterhin in der Geschäftsleitung und im Zentralvorstand vertreten. Mit Barbara Dätwyler trat ebenfalls die amtierende Vizepräsidentin zurück. Auch sie wurde für die langjährige Arbeit in der Geschäftsleitung und im Zentralvorstand gebührend verabschiedet. Als neue Vizepräsidentin wählte die Delegiertenversammlung Regula A. Bircher, Geschäftsführerin Lehrerinnen und Lehrer Bern. Zudem wurde für den Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer, Geschäftsleiterin Helena Zaugg, und für AvenirSocial, Geschäftsleiterin Jutta Gubler, neu in den Zentralvorstand gewählt. Schliesslich referierte im Anschluss an den statutarischen Teil Peter Marbet, Direktor Berner Bildungszentrum Pflege, über aktuelle Herausforderungen in der Pflegeausbildung.

Geschäftsleitung und Zentralvorstand

Die aktuellen Verbandsgeschäfte wurden an insgesamt 3 Sitzungen der Geschäftsleitung und 4 Sitzungen des Zentralvorstandes behandelt. Sehr wichtig war dabei auch der gegenseitige Informationsaustausch zwischen den Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleitern der angeschlossenen Verbände zu aktuellen Sachthemen. Zentral für *angestellte bern* war im Berichtsjahr die Abstimmung über das Pensionskassengesetz vom 18. Mai. Ein grosses, breitabgestütztes und parteiübergreifendes Abstimmungskomitee sagte 2 x Ja zum Pensionskassengesetz. Ergänzend dazu führten die Personalverbände eine separate Kampagne, die auf die Annahme des Hauptantrages sowie die Frage des Stichentscheides fokussiert war. *angestellte bern* engagierte sich mit einem namhaften Beitrag an diesem Abstimmungskampf. Und der Einsatz hat sich gelohnt. Erfreulicherweise stimmten die Stimmberechtigten klar der für die Angestellten besseren Lösung zu. Die Auswirkungen des Primatwechsels fielen damit für das Personal insgesamt etwas moderater aus. Weiter gehörte *angestellte bern* dem kantonalen Komitee gegen die Ecopop-Initiative an. Aus Sicht der Angestellten war es wichtig, sich gegen die unsinnigen Anliegen dieser Initiative zu wehren. Dies sahen auch die Stimmberechtigten

so, wurde doch das Volksbegehren im November von einer klaren Mehrheit abgelehnt. Auch auf Stufe Gesetzgebung nimmt *angestellte bern* Einfluss. So beteiligte sich unsere Organisation mit ausführlichen Stellungnahmen an verschiedenen Vernehmlassungsverfahren, die insbesondere die Interessen der Angestellten tangierten. Bereits zum dritten Mal lancierten die Personalverbände unter dem Dach von *angestellte bern* ein gemeinsames Seminarprogramm. Dieses Angebot wird denn auch von den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände sehr geschätzt und reichlich genutzt.

Kommissionen

Als Dachorganisation macht *angestellte bern* ihren Einfluss auch in den wichtigsten kantonalen Kommissionen geltend. So präsidiert beispielsweise unser Präsident, Ruedi Flückiger, aktuell die kantonale Volkswirtschaftskommission sowie den Berufsbildungsrat des Kantons Bern. Zudem leisten unsere Vertreterinnen und Vertreter aktive Mitarbeit in der Arbeitsmarktkommission und im Fachrat Weiterbildung. Die Kontakte mit der Regierung des Kantons Bern, den Arbeitgeberverbänden und den befreundeten Arbeitnehmerverbänden werden über die periodisch stattfindenden Sozialpartnergespräche gepflegt.

Grossratswahlen

Die Vernetzung mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche ein offenes Ohr für angestelltenpolitische Anliegen haben, ist für uns sehr wichtig. Deshalb unterstützt *angestellte bern* Kandidaturen aus den angeschlossenen Verbänden jeweils mit einer eigenen Wahlbroschüre. Insgesamt wurden bei den letzten Grossratswahlen 21 Vertrauensleute unterstützt und das Fazit ist sehr positiv ausgefallen: 15 Kandidatinnen und Kandidaten schafften nämlich die Wieder- oder Neuwahl in den Grossen Rat des Kantons Bern. Mit diesem Erfolg konnte die Angestelltengruppe im Grossen Rat zahlenmässig für die neue Legislaturperiode gestärkt werden.

Angestelltengruppe Grosser Rat

Zu Beginn der Grossrats-Sessionen lädt *angestellte bern* parteiübergreifend Grossrätinnen und Grossräte mit einem nahen Bezug zu den Angestelltenverbänden zusammen mit den Geschäftsleitungen der angeschlossenen Personalverbände zu einem Arbeitessen und informellen Gesprächen über die wichtigsten Sessionsgeschäfte ein. Die Arbeitsgruppe ist nach den Neuwahlen des Grossen Rates neu zusammengesetzt und breiter abgestützt als in den Vorjahren. Da immer weniger bürgerliche Grossratsmitglieder aus Angestelltenkreisen stammen, ist es nicht immer einfach, die gewünschte breite parteipolitische Abstützung zu erreichen. Die Diskussionen sind offen und fruchtbar. Insbesondere Einzelanliegen, wie z.B. die Entschädigung der Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten aber auch die Entlöhnung des Polizeikorps oder von Lehrkräften stossen bei allen Parteien auf offene Ohren. Es ist Sache der Mitgliederverbände ihre Vertreterinnen und Vertreter aktiv auf bestehende und künftige Problem aufmerksam zu machen. *angestellte bern* kann die Anliegen dann gemeinsam zur Sprache bringen und hat so eine wichtige Vermittlerfunktion.

Ausblick

Die Berner Angestelltenverbände haben ein grosses Gewicht. Sie stellen Vertretungen in wichtigen tripartiten Gremien, nominieren Mitglieder der richterlichen Schlichtungsbehörden und sind Ansprechpartner des Regierungsrates und grosser Arbeitgeberorganisationen. Im Jahr 2015 werden wir uns wieder mit Empfehlungen zu den Nationalratswahlen äussern und nehmen damit Einfluss. *angestellte bern* ist für den Kanton Bern eine wichtige Institution, die allerdings in der Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen wird.

Aus den angeschlossenen Verbänden

AvenirSocial Sektion Bern

Seit Mai 2014 ist AvenirSocial Sektion Bern stimmberechtigtes Mitglied von „angestellte bern“ und schätzt das gemeinsame Dach sehr. Der regelmässige Austausch erleichtert es, Parallelen in den übergeordneten Rahmenbedingungen von Anstellungsbedingungen zu erkennen und ermöglicht uns, gezielt strukturelle Verbesserungsvorschläge einzubringen. So z.B. mit dem Vorschlag, in der Vernehmlassung zum Staatsbeitragsgesetz zu beantragen, den Gehaltsanstieg verbindlich so zu gewähren, wie der Kanton dies tut.

Betreffend Anstellungsbedingungen liegt unser Schwerpunkt aktuell beim sehr stossenden Lohnrückstand unserer Mitglieder in subventionierten Institutionen. Langjährige Mitarbeitende sind mit denselben Schwierigkeiten wie das Kantonspersonal konfrontiert: in den letzten 15 Jahren stagnierten ihre Löhne – trotz guter bis ausgezeichneter Leistungen. Leistung, Erfahrung und Treue zum Betrieb zahlten sich in den vergangenen 15 Jahren vielerorts nicht aus – im Gegenteil. Zahlreiche Betriebe verlieren in der Folge ihre Leistungsträger/innen sowie ihren Führungsnachwuchs. Deshalb engagieren wir uns dafür, dass auch für subventionierte Institutionen verbindliche Verpflichtungen gelten, den massiven Lohnrückstand auszugleichen und einen fairen Gehaltsanstieg in Zukunft zu garantieren.

Die kantonalen Abbaubeschlüsse des ASP 2014 im Sozialbereich, bzw. vorgelagerten Angeboten führen vielerorts zu Kostenverschiebungen. So führte z.B. die Streichung der Finanzierung von psychiatrischen Langzeitangeboten zu wesentlich höheren Ausgaben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden KESB. Die Kürzungen der Prämienverbilligungen werden sich zunehmend auf die Ausgaben der Sozialhilfe und auf das Aufgabenvolumen der Betreuungssämter und Schuldenberatungsstellen auswirken.

Die Folgen der parlamentarischen Überregulierung der öffentlichen Sozialdienste machen sich im Arbeitsalltag von Sozialarbeitenden immer stärker bemerkbar. Sie führt insbesondere dazu, dass die Erfüllung von Kernaufgaben der individuellen Sozialhilfe zurückgestellt werden muss, um neue Einzelvorgaben weisungsgerecht erfüllen zu können. Die neuen parlamentarischen Vorstösse im Vorfeld der Revision des Sozialhilfegesetzes lassen erkennen, dass die Auswirkungen neuer Forderungen auf die Erfüllung bestehender Aufgaben noch zu oft ausser Acht gelassen werden.

Bernischer Staatspersonalverband BSPV

Im Berichtsjahr konnte nach jahrelangen Unsicherheiten bei der Pensionskassenfrage endlich Klarheit geschaffen werden und auch noch ein paar Teilerfolge verzeichnet werden. Denn im 2014 fand die Abstimmung über das neue Pensionskassengesetz statt. Die Stimmberechtigten haben dank des massiven Einsatzes der Angestelltenverbände die moderatere von zwei Lösungen angenommen. Die Auswirkungen des Wechsels vom Leistungs- zum Beitragsprimat werden durch erhebliche Beiträge des Arbeitgebers gemildert. Die Lohnmassnahmen konnten in Zeiten schmerzhafter Sparprogramme auf dem Zielniveau gehalten werden.

Die neue Pensionskassenregelung ist nicht besser, sondern für die meisten Kantonsangestellten mit Einbussen verbunden. Wegen der Unterdeckung in Milliardenhöhe mussten sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Arbeitgebenden erhebliche Opfer bringen. Dass der Grosse Rat, der Regierungsrat und auch die Berner Stimmberechtigten einen einigermaßen ausgewogenen Kompromiss verabschiedeten, ist nicht selbstverständlich. Wichtig ist, dass nun die Jahre der Unsicherheit bei der Berufsvorsorge vorüber sind.

Mit dem vollständigen, allerdings geringen Teuerungsausgleich, mit den im Personalgesetz vorgesehenen Mitteln für einen ordentlichen Gehaltsstufenanstieg und einer bescheidenen Summe für den Ausgleich von Fehlentwicklungen der früheren Jahre ist der Lohnanstieg zufriedenstellend.

Dass zudem ein von zwei auf zehn Tage erhöhter Vaterschaftsurlaub auf den Jahreswechsel eingeführt wird, ist ein erfreuliches Resultat der ständigen Bemühungen des BSPV um verbesserte Anstellungsbedingungen.

Im Berichtsjahr hat der BSPV 19 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Rentner nimmt weiterhin zu. Der Mitgliederstand beträgt per Ende Jahr 6479.

Kaufmännischer Verband Bern

Im Jahr 2014 konnte mit dem Kanton Bern für die Jahre 2015-2018 ein weiterer Übertragungsvertrag abgeschlossen werden. Hierfür hat der Kaufmännische Verband Bern für die Schulen WKS, WST, BFB und bsd die Vertragsverhandlungen geführt. Mit dem Vertrag überträgt der Kanton Bern erstmals allen vier Schulen gemeinsam die Führung der kaufmännischen Berufsfachschulen in Bern, Thun und Biel/Bienne für die Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung. Im Nachgang hat der Kanton Bern die Leistungsverträge mit den einzelnen Schulen ebenfalls für weitere vier Jahre verlängert.

Seit dem 1. Januar 2014 führt der Kaufmännische Verband Bern die kantonal zusammengeführte neue Prüfungskommission für die kaufmännischen sowie deren verwandte Berufe und den Detailhandel, sowie das dazugehörige Sekretariat. 2014 wurden die ersten 2'850 Prüfungen unter unserer Leitung und Begleitung durchgeführt. Trotz einigen Altlasten und vor allem technischen Hürden konnten wir uns durch einen grossen Einsatz und professionelle Arbeit bereits im ersten Jahr als Kompetenzzentrum und zuverlässiger Partner für die Schulen und Lehrbetriebe und gegenüber dem Kanton etablieren.

Um unsere Position als Kompetenzzentrum für Bildung und Beruf im Kanton Bern zu festigen, werden wir den Schwerpunkt im 2015 auf die Gewinnung neuer Mitglieder, auf das Halten der bestehenden Mitglieder und damit v.a. auf die Konsolidierung und Ausbau unserer Mitgliederleistungen legen.

Einsamer Höhepunkt für die schweizerische Berufsbildung: Die „SwissSkills Bern 2014“. Vom 17. bis 21. September 2014 kämpften anlässlich der SwissSkills Bern 2014 tausend junge Berufsleute um die Schweizer Meisterschaft in ihrem Metier. Sie zeigten, was sie in ihren Berufen gelernt haben, erstmals als Grossanlass gemeinsam an einem einzigen Ort. Zum ersten Mal nahmen auch 24 junge Kaufleute an den Berufsmeisterschaften teil. Träger dieses Wettbewerbs waren die IGKG (Interessengemeinschaft Kaufmännische Grundbildung) und der Kaufmännische Verband.

Für den Verband war gesamtschweizerisch im letzten Jahr das neue Branding ein zentrales Projekt. So erscheinen auch wir seit Anfang 2015 mit dem traditionsreichen Namen *Kaufmännischer Verband Bern* in einem neuen und modernen Kleid.

SBK

Zwei grosse Themen begleiteten uns durch's Jahr 2014: Erstens die Arbeitsbedingungen in der Pflege, die sich in praktisch allen Versorgungsbereichen zugespitzt haben. Zweitens der Mangel an diplomierten Pflegefachfrauen und Pflegefachmännern, welcher die Arbeitsbedingungen noch verschärft.

Tendenziell müssen heute immer flexiblere Arbeitseinsätze geleistet werden. Nicht selten ist zum Beispiel, dass Personen in niedrigen Anstellungsverhältnissen während mehreren Wochen mehr als zu den vereinbarten Stellenprozenten eingeplant werden. Im Gegenzug wird ihnen dann oft erst kurz vor dem Mittagessen mitgeteilt, dass heute wenig Arbeit sei und sie am Nachmittag frei nehmen können. Faktisch ist dies natürlich kein freier Tag mehr, wenn die Hälfte davon bereits Vergangenheit ist. Mindestens so problematisch ist, dass in diesem typischen Frauenberuf Familie und Erwerbsleben dadurch immer schwerer zu vereinbaren sind. Entweder ist die Kinderkrippe nicht organisiert, oder man benötigt den Krippenplatz nicht. Bezahlt werden muss er jedoch, der überflüssig reservierte und der nachträglich organisierte. Mit solchen Arbeitszeitmodellen hält man die Pflegefachfrauen nicht allzu lange im Beruf, das lohnt sich finanziell nicht, zumal die Löhne seit Jahren praktisch stagnieren. Der SBK Schweiz hat nun zusammen mit den Sektionen ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Rechtslage und Handlungsmöglichkeiten abzuklären.

Zugenommen haben auch Meldungen und Anfragen im Zusammenhang mit Konflikten oder Mobbing am Arbeitsplatz. Besonders besorgniserregend ist, dass ältere Mitarbeitende entweder krank oder direkt gekündigt werden, da sie im Alter in der Pflege nicht mehr eingesetzt werden können, wie die entsprechenden Personalverantwortlichen in den Betrieben mitteilen. Diesem Phänomen geht der SBK Bern 2015 nach.

Im Spitexbereich lancierten wir zusammen mit einem anderen Personalverband eine Petition mit dem Ziel, einen Gesamtarbeitsvertrag für die Spitex auszuhandeln.

Die Mitgliederzahl konnte 2014 leicht gesteigert werden, wobei dies hauptsächlich der Zunahme der Studierenden geschuldet ist.

Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE

Auch das Jahr 2014 stand bei LEBE im Zeichen des Aufbruchs. Der Berufsverband zielt darauf ab, zu wachsen. Und zwar nicht nur gegen innen, indem bestehende Zielgruppen noch besser abgeholt werden, sondern auch gegen aussen. Das heisst, LEBE möchte Mitglieder aus dem gesamten Bereich der Bildung gewinnen. So plant der Verband, sich künftig noch klarer als bisher an Berufsgruppen richten, die sich unter Umständen nicht als Lehrperson verstehen, jedoch im schulischen Umfeld wirken: Schulleiterinnen und Schulleiter, Logopädinnen und Logopäden, Speziallehrkräfte, Dozierende, kurz: LEBE sieht sich als Berufsverband der Fachpersonen für Schulbildung im Kanton Bern. Vor diesem Hintergrund war die Entwicklung der Verbandstrukturen ein zentrales Thema im 2014 – und als Folge davon auch die Entwicklung der Marke LEBE.

Die Arbeiten im Bereich Pädagogik waren von zwei grossen Baustellen geprägt: Dem Lehrplan 21 und Passepartout. LEBE begleitet beide Themen kritisch konstruktiv. Der Verband sitzt im Steuerungsausschuss Lehrplan 21 und führt die Spiegelgruppe Passepartout, welche wichtige Erfahrungen aus der Praxis zurückmeldet. Dass zum Beispiel die Weiterbildung Passepartout für die Oberstufe angepasst wurde, ist auch dem Engagement von LEBE zu verdanken. Ein grosser Erfolg ist ausserdem ein neues Kursangebot, welches ganz nach individuellen Bedürfnissen von Kollegien zusammengestellt und bei diesen vor Ort durchgeführt wird: die Ovo-Kurse (organisiert vor Ort). Bereits im Jahr der Lancierung gingen drei solche Kurse über die Bühne – die Rückmeldungen waren durchwegs positiv.

Nachdem die Lohnentwicklung bei den Lehrpersonen und Schulleitungen wieder zu greifen beginnt und durch den erfolgreichen Ausgang der Volksabstimmung über das neue Pensionskassengesetz weiterer Schaden für das Personal verhindert werden konnte, stellt LEBE das Thema der Arbeitsbelastung respektive -entlastung ins Zentrum seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten. Im November 2014 wurde bei den Mitgliedern eine Umfrage zur Arbeitsbelastung durchgeführt. Der hohe Rücklauf ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik. Die Erkenntnisse bilden die Basis für Gespräche am runden Tisch, an welche LEBE alle im schulischen Umfeld tätigen Organisationen einlädt. Ziel: Gemeinsam Lösungen zur Verbesserung der Situation entwickeln und umsetzen.

Laborpersonal-Verband Bern

Die Zahl der Lehrbeginnenden im Kanton Bern sinkt kontinuierlich. Zur Kosteneinsparung bieten einige Firmen keine Lehrstellen mehr an oder nur noch sporadisch. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern, zur Inforeveranstaltung „Zukunft Ausbildungsstandort Bern Laborant/-in EFZ“ eingeladen mit dem Ziel:

- Austausch und Abgleich zwischen den Beteiligten
- Diskussion / Klärung von Zukunftsfragen

- Nachhaltige Sicherung Berufsnachwuchs
- Angebot im Kanton Bern
- Ausbildungsstandort Bern / üK-Anbieter
- Berufsfachschule

Angeschrieben wurden die Lehrbetriebe Laborant/-in EFZ und die Betriebe der Laborbranche. Eingeladen wurde auch die Presse. Die Sektion Bern ist bestrebt, dass im Raum Bern die Ausbildung Laborant/-in EFZ in den beiden Fachrichtungen Biologie und Chemie auch in Zukunft möglich sein wird. Wir arbeiten daran Lösungen zu finden, dass wieder vermehrt ausgebildet wird. Zum erfolgreichen Qualifikationsverfahren durften wir 14 Biologie- und 21 Chemielaboranten/-innen gratulieren.

Durch die Spezialisierung der Berufsfelder wurde es zunehmend schwieriger bei Kursen, innerhalb der Sektion, eine genügend grosse Kursteilnehmerzahl zu haben. Der Dachverband FLB arbeitet mit der Schweizerischen Chemischen Gesellschaft zusammen. Unsere Mitglieder besuchen die Kurse mit ermässigten Teilnahmegebühren. Kurse angeboten werden vermehrt von Firmen, diese zum Teil kostenfrei. Gut besucht sind die Chemie Plus Tagungen mit Fachreferaten, -besichtigungen und -führungen.

Für Schüler und Schülerinnen und deren Eltern wird jeweils im Januar ein Berufsorientierungstag durchgeführt. Unter Anleitung von Lernenden haben die Schüler und Schülerinnen Gelegenheit, selber Experimente durchzuführen. Die üK Kommissionsmitglieder stehen für die Fragen zur Berufsausbildung zur Verfügung. Die Veranstaltung findet grosses Interesse. Neu werden die Eignungstests für Schüler und Schülerinnen oder interessierte Lehrbetriebe am üK Standort Bern durch Aprentas durchgeführt.

Fachleute Geomatik Schweiz, Sektion Bern

Wir haben in diesem Jahr zum ersten Mal bei allen Kandidaten für das Qualifikationsverfahren (QV) eine IPA durchgeführt. Das Festlegen der Leistungsziele mit einer guten und fairen Beurteilung und Gewichtung war eine anspruchsvolle Aufgabe. Ich war gegenüber der IPA sehr kritisch eingestellt, muss aber aufgrund der Erfahrungen für mich beurteilen, auf einem guten Weg zu sein. Unser Bildungszentrum Geomatik führte sehr gute Kurse und Workshops durch, nicht nur zum Thema QV, sondern in sämtlichen Bereichen der Geomatik. Um aber auch den Zusammenhalt in der Sektion zu fördern haben wir uns im Eisstockschiessen versucht. Glücklicherweise durften wir das Vermessen der Gewinner unseren Gastgeber überlassen.

Die Geschicke der Fachleute Geomatik, Sektion Bern konnte ich an meinen Nachfolger Patrick Ibele und dem neuen Vorstand übergeben. Super, haben sich Kollegen und Kolleginnen bereit erklärt, in unserem Verband mitzuhelfen. In Zukunft benötigen wir einen starken Verband, um den Druck auf die Arbeitsplätze, die Arbeitszeit, den Lohn und eine gute Work-Life-Balance für unsere Mitglieder, aber auch für alle Arbeitnehmer zu stärken.

VSAO Bern

Am 1.1.2000 trat der Spital-GAV in Kraft. Es war der erste GAV in der Deutschschweiz und gilt

als Pioniertat hinsichtlich Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Heute, 15 Jahre später, sind 7 Spitalgruppen und weitere Organisationen dem GAV unterstellt. Zum Jubiläum haben wir dem GAV einen Film gewidmet.

Eine schweizweite Umfrage hat allerdings gezeigt, dass die Arbeitsbedingungen für Assistenz- und Oberärzte bei weitem nicht überall den Vorgaben entsprechen, leider zum Teil auch im Kanton Bern nicht. Hier ist nach wie vor Handlungsbedarf gegeben.

Im Zuge des Zusammenschlusses von Inselfspital und Spitalnetz Bern wurden viele sozial-partnerschaftliche Gespräche geführt. Es galt vor allem zu klären, wie ein GAV-Spital (SNB) und ein Spital ohne GAV (Insel) die Anstellungsbedingungen vereinheitlichen können. Mit dem Betriebsübergang drohte den Beschäftigten im SNB eine Zeit ohne gesamtarbeitsvertragliche Regelung, was die Personalverbände nicht akzeptieren konnten. Es wurden deshalb Verhandlungen über einen Übergangs-GAV aufgenommen, die im Moment Erfolg versprechen.

In den diesjährigen Lohnverhandlungen konnte ein grosser Erfolg erzielt werden. Erstmals werden nämlich ab 1. April 2016 auch Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte Zulagen für Nacht- und Wochenenddienste erhalten, und zwar 6 Franken pro Stunde. Bisher betrug die Zulage 5 Franken und wurde nur bis Gehaltsklasse 18 ausgerichtet.

Der VSAO bekämpft die neue bundesrätliche Vorlage des Zulassungsstopps, insbesondere den rein quantitativen Ansatz. Die heutige Zulassungssteuerung (drei Jahre Weiterbildung in der Schweiz) wäre auch für die Zukunft eine einfache und wirksame Lösung gewesen. Sollte es beim bundesrätlichen Vorschlag bleiben, wird sich der VSAO ein Referendum überlegen müssen.